

Wenn Politiker im Lokal nicht bedient werden...

Der frühere FDP-Politiker und Kurzzeit-Ministerpräsident von Thüringen, Thomas Kemmerich, hat auf X berichtet, wie er mit seinem Sohn in einem Restaurant essen wollte, und der „Serviceleiter“ dort sich weigerte, sie zu bedienen.

Als er den Mann fragte, weshalb, antwortete der: „Weil Sie Thomas Kemmerich sind.“

Das ist schon in starkes Stück Unverschämtheit, wenngleich der Lokal-Betreiber und sein Personal natürlich das Hausrecht ausüben dürfen und einen Politiker nicht bedienen müssen, wenn sie nicht wollen. Es gibt ja auch noch andere Restaurants und die Beiden wechselten einfach.

Kemmerich schrieb auf X dazu: „Ich sage mal, wenn wir dieser Entwicklung nicht entgegentreten, sind wir auf einem sehr schlimmen Pfad. Der Satz ‚Sie werden hier nicht bedient!‘ erinnert mich an wirklich dunkle Zeiten dieses Landes, dieser Gesellschaft.“

Das erscheint mir dann doch ein wenig holzschnittartig.

Besonders, da es im Wesentlichen immer AfD-Politiker sind, die beim Speisen in Lokalen diskriminiert werden.

So wie Alice Weidel und Alexander Gauland 2019 im bekannten „Bocca di Bacco“ an der Friedrichstraße im Berliner Regierungsviertel. Björn Höcke hat das schon erlebt, die AfD-Fraktionschefin im bayerischen Landtag, Katrin Ebner-Steiner, in München auch.

Neben viel Verständnis für den Unmut von Kemmerich gab es in den Netzwerken auch Gegenwind. So schrieb einer: „Dass man dir noch sagen darf, dass man Typen wie dich nicht bedienen möchte, ist ein weiterer Beleg dafür, dass unsere Meinungsfreiheit absolut intakt ist.“

Thomas Kemmerich war Anfang 2020 mit Stimmen von AfD, CDU und FDP zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Danach standen er und seine Familie unter Polizeischutz. Inzwischen hat der Politiker die FDP verlassen und sich dem neuen „Team Freiheit“ von Frauke Petry angeschlossen...

Mehr Juso als Staatsoberhaupt

Wir sprechen ja viel über die Qualität unseres politischen Spitzenpersonals in Deutschland. Und Sie wissen, dass ich nicht zu Pauschalurteilen neige. Es gibt durchaus eine Menge Volksvertreter im politischen Betrieb Berlins, die ihr Mandat ernst nehmen und das Volk so gut wie möglich zu vertreten versuchen. Und dabei, das wird einige überraschen, verläuft die Trennlinie keineswegs zwischen allen

Linken und allen Nicht-Linken im Hohen Haus.

Ich habe in meinem Berufsleben beeindruckende idealistische und sympathische Grüne kennengelernt, die aber leider komplett auf der falschen Seite stehen. Die SED/Linke ist etwas anderes. Da mag es auch gute Leute geben, aber wer sich in der Nachfolge der SED-Diktatur, der Stasi und der Todesschützen an der Mauer wohlfühlt, der ist für mich raus. Da denke ich nicht einmal drüber nach, mit diesen Leuten will ich nichts zu tun haben.

Und, erlauben Sie mir den kurzen Zwischenruf, es war ein schwerer Fehler, dass die SED/PDS/Linke 1990 nicht komplett verboten worden und ihr Milliardenvermögen eingezogen worden ist. Und die führenden Köpfe und Handlanger nicht konsequent vor Gericht gestellt und verurteilt worden sind, wenn sie für Unrecht persönlich verantwortlich waren.

Bei der SPD kenne ich sogar besonders viele sympathische und engagierte Leute

Mein erster Schwiegervater war SPD-Mitglied und Gewerkschafter. Leider ist er vor zwei Jahren verstorben. 30 Jahre war ich nicht mehr in dem kleinen Ort in meiner lippischen Heimat, aber als ich von seiner Beerdigung erfuhr, setzte ich mich vier Stunden ins Auto und fuhr hin, um Abschied zu nehmen.

In diesem Dorf war damals fast jede Woche irgendein Stammtisch. Im Alten Krug. Immer die gleichen Leute, an einem Tag stand der Wimpel der SPD auf dem Tisch, dann waren die Kaninchenzüchter dran, der Sportverein...die SPD und die Dorfgemeinschaft waren eins. Und es war schön. Bei jeder Wahl gaben mindestens 60 Prozent der Wähler ihre Stimme für die Genossen ab. Eine CDU gab es auch, die ein Schattendasein führte und knapp über 20 Prozent lag. Vorsitzender und jedes Mal Kandidat für irgendwas war ein Bauer. Den mochte man, aber man wählte ihn nicht, weil er „ein Schwarzer“ war. Manchmal spendierte ihm einer von „den Roten“ ein Bier im Gasthof, wenn er allein am Tresen hockte.

Wenn ich heute daran zurückdenke: Es hatte ein bisschen was von „Don Camillo und Peppone“ da in dem kleinen 1400-Seelen-Dorf am Fuße des Teutoburger Waldes.

Und ich weiß noch, was es für einen Aufruhr im Dorf gab, als ich – der neue Freund der schönen Tochter – im Wahlkampf mit einem CDU-VW-Bulli unterwegs war – der sogar noch einen Lautsprecher auf dem Dach hatte und großflächig mit „Freiheit statt Sozialismus“ beklebt war. Der stand nachts direkt vor dem Haus der Familie. Mehr als einmal wurde mein damals noch angehender Schwiegervater von Nachbarn angesprochen, dass er seine Tochter und ihren Freund „wohl nicht im Griff“ habe. Ach herrlich, ich muss heute noch lachen, wenn ich an diese Jahre zurückdenke.

Und damit kommen wir zurück in die raue Wirklichkeit

Und zu diesem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. Ich sage bewusst „dieser“ und nicht „unserer“. Ja, rechtlich gesehen ist er das natürlich, aber ich fühle mich von diesem Mann in keiner Weise repräsentiert. Er ist die schlimmste Fehlbesetzung für Deutschlands höchstes Staatsamt seit 1945. Und, auch er stammt aus Lippe, meiner Heimat. Geboren in der Kreisstadt Detmold. Auch Gerhard Schröder stammt aus Lippe, genau aus Blomberg, wirklich erstaunlich, was für prägende

Persönlichkeiten von dort kommen, oder?

Jeder hat eine Chance verdient, und jetzt ist er nun mal da, würde Frau Merkel wohl sagen. Aber an dem Tag, an dem Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zum Besuch eines Konzertes der links-primitiven Band „Feine Sahne Fischfilet“ öffentlich aufrief, war der Mann für mich durch. Heute wissen wir, dass er eine zentrale Rolle im Umfeld Schröders dabei spielte, Deutschland in eine bedrohliche Abhängigkeit von Russland bei der Energieversorgung zu führen. Und nun seine unsägliche Rede zum 9. November vorgestern.

+++Ihr Spende sichert die Existenz unseres bürgerlich-konservativen Blogs+++Bitte helfen Si mir Ihrer Spende auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal @Vers 1 Medien GmbH+++

Da sprach nicht ein Bundespräsident, ein Staatsoberhaupt. Das sprach ein Juso-Funktionär im Anzug eines Bundespräsidenten und arbeitete sich an der AfD ab.

Ob dem Mann klar ist, dass er und Schröder, Frau Schwesig, Platzeck und Stegner Deutschland mit ihrer Putin-Besoffenheit mehr Schaden zugefügt hat, als es die AfD mit ihren Reisegruppen auf die Krim und ihren „nützlichen Idioten“ Moskaus (frei nach Lenin) je getan hat? Wer hinterfragt das eigentlich mal? Wo ist der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zu Schröders und Steinmeiers Lobbyarbeit für den Kreml?

Ohne die AfD explizit zu nennen in seiner Rede verstand jeder Zuhörer, wen Steinmeier meinte, als er „Wir müssen handeln“ proklamierte. Das Instrument eines Parteienverbots sei ebenso wenig undemokratisch wie der Ausschluss von Verfassungsfeinden von einer Wahl zur Landrätin oder zum Bürgermeister. Das sehe ich m. E. anders.

Gilt das eigentlich auch für Frau Reichinnek von der SED, die so gern nochmal ein kleines Experiment mit dem Sozialismus wagen will?

Es gäbe viel zu sagen für ein deutsches Staatsoberhaupt am 9. November. Und es wäre Aufgabe des Bundespräsidenten zu versöhnen statt weiter zu spalten., Aber Steinmeier kann es nicht, er ist und bleibt dieser Buchhaltertyp mit dem Juso-Gen, der weder intellektuell noch durch seine Persönlichkeit an seine Amtsvorgänger heranreicht – ok, Heinrich Lübke war ein spezieller Sonderfall.

Wo sind die „russischen Schläfer“ im Bundestag?

„Das ist jetzt nicht euer Ernst“, soll AfD-Chfin Alice Weidel im Bundsvorstand ihrer Partei ausgerufen haben, als sie von den aktuellen Reiseplänen einer AfD-Delegation ins russische Sotschi erfuhr.

Der sächsische AfD-Landeschef Jörg Urban soll dabei sein, die Bundestagsabgeordneten Rainer Rothfuß und Steffen Kotré und der EU-Abgeordnete Hans Neuhoff. Man fragt sich unwillkürlich, warum die Herren Münzenmaier, Moosburg und Keuter aus der Bundestagsfraktion nicht auch dabei sind.

Aber all diese Herrschaften, die ganz bewusst oder aus grenzenloser Naivität unsere Gesellschaft weiter spalten und zur Freude Putins in seinem Sinn agieren, sind natürlich nicht „die AfD“.

Die wackeren AfD-„Diplomaten“, zumindest ein Teil davon, werden in Sotchi Dmitri Medwedew treffen, antiwestlicher Einpeitscher des Kremls und Vorsitzender von Wladimir Putins Regierungspartei „Einiges Russland“, der immer mal über Atomraketen gegen deutsche Städte öffentlich sinniert. Aber sicher geht's den AfD-Abgeordneten bei ihrer Reise nur um den Frieden, oder?

im Bundestag ging es gestern um die angebliche Fünfte Kolonne Putins im Bundstag. Und wissen Sie, wer da ganz besonders empört war?

Na klar, wissen Sie das!

Es regt schon den Zynismus an, wenn ausgerechnet die Nachlassverwalter der DDR-Diktatur gestern im Deutschen Bundestag empört über die AfD sind, weil die angeblich Putins Geschäfte in Deutschland betreiben. Ausgerechnet die SED, die sich heute DIE LINKE nennt und unentwegt dem Sozialismus zum Endsieg verhelfen will. Die sich nicht entblödet, auf ihren Parteitagen Fäuste in die Luft zu recken und die „In-ter-natiooo-naaaale“ zu besingen. Man bekommt Brechreiz, wenn man diese Fünfte Kolonne heute, im Jahr 2025, sieht.

Die AfD sei „auch hier im Parlament Handlanger russischer Interessen“, rief die SPD-Fraktionsvize Sonja Eichwede in den Plenarsaal, vergaß aber leider zu erwähnen, welche schändliche Rolle ihre Partei, voran mit all den Schröders, Steinmeiers, Schwesigs und „Pöbel Ralle“, bei Nord Stream 2 gespielt hat, um russische Interessen zum Schaden Deutschlands und zur Freude des Kreml anzurichten.

Hat sich damit eigentlich schon einmal ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages beschäftigt?

Genauer hinschauen? Das sollte auch die AfD tun...

Das Berliner Verwaltungsgericht hat entschieden: Der Deutsche Bundestag durfte dem AfD-Mitarbeiter Ulrich Oehme den Hausausweis fürs Parlamentsgebäude verweigern. Weil er ein Sicherheitsrisiko darstellte und vermutlich weiter darstellt...

Und interessant: Oehme war von 2017 bis 2021 selbst Bundestagsabgeordneter für die AfD, verlor dann

aber bei der Kandidatenaufstellung für den Wahlkreis Chemnitz gegen den Publizisten Michael Klonovsky.

Vor Wochen tobte ja auch hier die Diskussion um die SPD-Kandidatin Brosius-Gersdof für das Bundesverfassungsgericht. Und die Union wurde zurecht massiv kritisiert, dass sie damals bei der furchtbaren Kandidatin aus Potsdam nicht genauer hingeschaut hat.

Aber was sind das eigentlich für Leute, die die AfD für den Deutschen Bundestag aufstellt?

Bernhard Ulrich Oehme stammt aus Bischofswerda in Sachsen und war bis 1989 strammer SED-Genosse.

Nach dem Schulabschluss drei Jahre Wehrdienst bei der Nationalen Volksarmee (NVA), dann Studium, Abschluss Diplom-Ingenieur für Metallurgie und Werkstofftechnik. Dann die Wende, fortan selbstständiger Versicherungsmakler, dessen Arbeitsbereich von 1994 bis 1997 in der Ukraine, Belarus und Russland lag.

Finde ich interessant. Die Versicherungsmakler, die ich kenne, haben ihren Sitz in Berlin und Kleinmachnow. Man fragt sich, wem er denn da wohl alles welche Versicherungen verkauft hat.

2017 bis 2021 wurde Oehme AfD-Bundestagsabgeordneter, der SED-Genosse nun im Gewand des rechten Patrioten.

2017 vom deutschen Volk gewählt und fürstlich bezahlt, geht die Reise gleich im kommenden Jahr auf die russisch besetzte ukrainische Halbinsel Krim.

Inoffizieller „Wahlbeobachter“ zur russischen Präsidentschaftswahl wird er und befindet - alles läuft einwandfrei und demokratisch ab da bei den Russen:

Er sei „angenehm überrascht“ über den Wahlverlauf, die Abstimmung sei „bestens organisiert“ gewesen.

Später kommt heraus, dass Oehmes Reise auf die Krim zur Wahlbeobachtung vom russischen Parlament bezahlt worden war.

Als der SPIEGEL und das ARD-Politikmagazin „Kontraste“ davon erfuhr und berichtete, bestritt der AfD-Mann die Vorwürfe und behauptete gegenüber „Tag24“: „*Die Reise wurde von einer externen Organisation bezahlt.*“ Wie die heiße, da könne er sich aber leide gerade nicht erinnern.

Doch Papier ist geduldig

In einer Transparenzerklärung, die Oehme Anfang 2019 gegenüber der Parlamentarischen Versammlung des Europarats abgegeben hatte, waren seine Reisekosten nach Russland damals vom Ausschuss für Internationale Angelegenheiten der Staatsduma beglichen worden. Haarig, denn laut Gesetz ist für Bundestagsabgeordnete die Annahme von „geldwerten Zuwendungen“ unzulässig, wenn sie als „Gegenleistung“ ihr Mandat nachweisbar nach den Interessen des Spenders ausüben.

„Kontraste“ fand heraus, dass damals auch weiter sieben AfD-Bundestagsabgeordnete zur „Wahlbeobachtung“ in Russland waren, von wem auch immer bezahlt. Aber hier geht es ja um Herrn Oehme.

Nachdem er nicht Direktkandidat in Chemnitz geworden war, gründete er dort einen Verein mit dem schönen Namen „*Vereinigung zur Abwehr der Diskriminierung und der Ausgrenzung Russlanddeutscher sowie russischsprachiger Mitbürger in Deutschland*“ (VADAR). Und wurde gleich Vorsitzender. Da kommt Freude auf.

Dieser Verein leugnet auf Telegram von russischer Seite begangene Kriegsverbrechen in der Ukraine und kümmert sich um Geld. Gemeinsam mit dem Rektor der Schirinowski-Hochschule in Moskau gründete Oehme zu diesem Zweck das „Institut für Gesellschaftsforschung gGmbH“. In einem anonymisierten Beschluss des Verwaltungsgerichts heißt es dazu:

„Über dieses Institut wurden bis zu seiner Liquidation im Januar 2025 die Spenden für den Verein VADAR e. V. abgewickelt.“

Außerdem habe Oehme persönlichen Kontakt zur russischen Menschenrechtskommissarin Tatyana Moskalkova gepflegt, die das Amt seit April 2016 innehat. Vorher hatte sie – wie viele Personen im engen Umfeld von Russlands Präsident Wladimir Putin – für den russischen Sicherheitsapparat gearbeitet und war auch Duma-Abgeordnete für Putins Partei „Gerechtes Russland“. Moskalkova ist von der EU mit Sanktionen belegt.

So, und nun die Preisfrage: Wundert sich jemand, dass es in Berlin leicht für alle anderen Parteien ist, die „Brandmauer“ zu dieser AfD hochzuhalten?

Man merkt die Absicht und ist verstimmt...der Herr Polenz wieder

„In der CDU regt sich Widerstand gegen den konservativen Kurs von Friedrich Merz“, schreibt aktuell der SPIEGEL, früher einmal ein seriöses und lesenswertes Nachrichtenmagazin. Die Älteren hier werden sich erinnern.

Heute ist das einstige „Sturmgeschütz der Demokratie“ nicht viel mehr als das Mitteilungsblatt des abgemeierten grün-woken Deutschlands. Belanglos.

Was die SPIEGEL-Redaktion hier versucht, ist leicht zu durchschauen.

Ein belanglose Mini-Gruppe hypen, und ihr eine Relevanz verschaffen, die sie nicht hat.

Schon, wenn Sie sich die Liste der 30 „Erstunterzeichner“ anschauen, erkennen Sie, dass hier das letzte Aufgebot der alten Merkel-CDU am Werk ist. Einziger „Promi“ ist der abgehalftete frühere Kurzzeit-CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz. Nach allgemeiner Einschätzung – von mir auch – der schlechteste Generalsekretär, den die Christdemokraten seit ihrer Gründung am 26. Juni 1945 in Berlin hatte.

Dessen einzige politische Relevanz speist sich daraus, dass er immer wieder Stichwortgeber der linken Mainstream-Journaille ist, wenn es darum geht, der eigenen Partei Schwierigkeiten zu breiten.

Obwohl, Schwierigkeiten sind es ja gar nicht. Ich glaube nicht, dass sich das Konrad-Adenauer-Haus ernsthaft mit den peinlichen Wortmeldungen des Münsteraners beschäftigt, aber es nervt halt, wenn ein völlig einfluss- und bedeutungsloser Ex-Politiker ständig dem amtieren Parteivorsitzenden und Bundeskanzler von hinten in die Beine tritt.

„Compass Mitte“ nennt sich das linke Splittergrüppchen übrigens, ein Name, den Sie sich nicht merken müssen, wenn Sie sich die Liste der 30 „Erstunterzeichner“ anschauen, die mehr oder weniger auch die einzigen Unterzeichner bleiben dürften.

Denn das Problem der CDU derzeit ist doch gerade, dass Merz und seine Partei nicht konservativ genug sind. Als sie noch erkennbar konservativ war, stand sie meistens bei über 40 Prozent. Heute konkurriert sie mit der konservativen Konkurrenz der AfD bei 25 Prozent darum, wer die Nase hauchdünn vorn haben darf.

Die Migration sei das wichtigste Thema, sagt Polenz, und da hat er recht. Allerdings in anderem Sinne, als er das meint.

Und er verdammt, dass in Ostdeutschland vielerorts die Brandmauer gegenüber der AfD schlicht ignoriert wird. Das ist ganz natürlich, denn man kann sich nicht ein Viertel des Wahlvolkes auf Dauer einfach „wegdenken“.

Und nebenbei gesagt, wie blöd ist das denn, wenn die CDU im Stadtrat von – sagen wir – Pirna einen neuen Fußweg beantragt, der dann mit den Stimmen der AfD beschlossen wird, und danach medial von links die Lehre aus dem „Dritten Reich“ beschworen wird. Einfach nur lächerlich das alles.... eine Banalisierung der monströsen tatsächlichen Verbrechen der Nazis.

Ich wünsche mir, Polenz würde bei der VHS einen Kochkurs belegen oder donnerstags zum Seniorenschwimmen ins örtliche Hallenbad gehen. Aber uns alle und vor allem die CDU mit seinem Gelaber in Ruhe lassen.

+++Bitte unterstützen Sie meine publizistische Arbeit mit Ihrer Spende auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal @Vers 1 Medien GmbH+++

Stammtisch mit Gebrüll: Was macht das alles noch für einen Sinn?

In den vergangenen 5 Jahren habe ich fast 50 Bürgerlich-Konservative Stammtische und 8 Schwarmkonferenzen überall in Deutschland organisiert. Bei den Stammtischen kamen im Schnitt 20 bis 25 Menschen, beim Schwarm zwischen 300 und 400. Alle bürgerlich-konservativ, liberal oder libertär, katholisch oder evangelisch – also Mitte mit leichtem Ausschlag nach rechts.

Uns alle verbindet nahezu ausnahmslos das Gleiche:

Wir wollen unser Deutschland zurück

Nicht im Sinne von früher war alles besser, aber wir wollen unser Land wiedererkennen, wenn wir das Haus verlassen und ins „Stadtbild“ eintauchen, auch von der Wind der Veränderung kräftig weht, auch wenn die Gesellschaft heute und das Leben in Städten und Dörfern anders geworden ist – nicht per se schlechter, aber anders. Und das, ohne dass wir vorher mal gefragt worden sind.

Gestern Abend war ich zum fünften Mal für einen Stammtisch in München.

In einem Augustiner-Keller, klasse Wirtshaus

Die zweistündig hitzige Diskussion, man kann es mit Fug und Recht einen Schlagabtausch nennen, beendete ich mit der freundlichen Mahnung, dass der „Feind da draußen“ ist, links von uns, bei Roten, Grünen und Blutroten, und nicht in diesem Raum. Sozialismus, GenderGaga, NGO's, Staatsfunk, Wirtschaftskrise, Migration, Innere und Äußere Sicherheit, Zerstörung der Familien, Kultur des Todes. Es gibt so viel, um das wir uns kümmern müssten, aber es ging nur um uns selbst, vermeintliche und tatsächliches Versagen, Nickligkeiten, Animositäten und überbordende Egos.

Sie wissen, dass ich bei den Schwarmkonferenzen und meinen Stammtischen immer dafür geworben habe, die kräftige Zustimmung beim Wähler in Fragen von zentraler Bedeutung für Deutschland auch in politische Macht zu transformieren. Und wir versagen in atemberaubender Weise dabei. Die politische Linke, die Staatsgläubigen und Etablisten, diejenigen, die von Multikulti träumen, Palästina in Deutschland ansiedeln und ungeborene Säuglinge im Mutterleib umbringen wollen, weil das ja nur „Zellhaufen“ sind, die lachen sich tot über uns alle. Ja, über uns alle.

Über die Streiterei und Besserwisserei

Und die ist in unseren Kreisen riesig. Und sie hat auch einen wahren Kern, aber wir blockieren uns gegenseitig, das ist atemberaubend.

Friedrich Merz, unser Bundeskanzler, ist ein „Lügner“ habe ich gelernt, und er „macht nichts“, zumindest nichts richtig, Und die AfD besteht aus Nazis und Kremlstrichern. Ein Wort, das ich selbst auch gerne benutze - nicht für DIE AfD, sondern nur gegen die Kremlstricher in der AfD, weil es die wirklich gibt.

Und die freien Medien? Die sind auch doof und für nichts nutze, hörte ich. Ich wandte zögerlich ein, dass wir alle nicht immer die Besten sind, aber ohne die massive Kampagne von „Apollo News“ und „Nius“ und auch uns, wäre Frau Brosius-Gersdorf heute Verfassungsrichterin. Eine Frau, die Abtreibung bis kurz vor der Entbindung für rechtlich akzeptabel hält.

Aber die Zahl der illegalen Einreisen wurde seit Übernahme der Amtsgeschäfte der neuen Bundesregierung halbiert!

Das ist nicht schlecht, aber es reicht halt nicht, wenn mit großer medialer Begleitung 27 kriminelle Afghanen abgeschoben werden und drei Wochen später 2000 Afghanen auf Einladung der Bundesregierung eingeflogen werden. Es ist nicht alles schlecht, was die Regierung tut, wirklich nicht, aber es ist nicht stringent, es ist nicht durchdacht und konsequent. Da haben sich viele Wähler mehr versprochen.

Und die AfD ist natürlich auch keine Partei von Vaterlandsverrättern, die als Stimme Putins in unseren Parlamenten wirkt. Ja, es gibt solche Typen auch, wer wollte das ernsthaft bestreiten, aber ich weise gern darauf hin, dass die AfD-Bundestagsfraktion mehrfach das Ansinnen, einen Antrag im Bundestag einzubringen, um die Sanktionen gegen Russland zu stoppen, abgelehnt hat. Von der Mehrheit der AfD-Abgeordneten. Das sind Fakten. Die vielen engagierten AfDler, auch in den Gemeinderäten überall im Land zur Fünften Kolonne Moskaus zu erklären, nur weil die Herren Frohnmaier und Moosdorf gern Borschtsch in Moskau mit Putins Helfershelfern löffeln, das ist grotesk.

Gestern Abend waren auch mehrere Freunde am Stammtisch, die immer noch in der WerteUnion ausharren - trotz der erfolgreichen Revolte gegen Hans-Georg Maaßen, trotz all der persönlichen Abneigungen und Intrigen. Irgendwie muss es doch weitergehen in der Lücke zwischen Union und AfD, sagen sie. Oder wenigstens mit dem „Team Freiheit“ von Frauke Petry. Und lautstark wiesen sie jedes Ansinnen der CSUler im Raum zurück, jemals wieder in den Schoß der Union zurückzuholen zu sein.

Ich darf Ihnen versichern: so einen Stammtisch wie gestern gab es in all den Jahren noch nie. Was da dazwischen gebrüllt und geschimpft wurde, war ungewöhnlich. Und es ist nicht zielführend.

CDU und CSU haben keinen Bock auf die AfD, die AfD will die CDU wahlweise zerstören oder wünscht ihnen das traurige Schicksal der italienischen DC, die europäischen Rechten wollen mit der deutschen Rechten wenig bis nichts zu tun haben, die WerteUnion ist zerstritten, mit sich selbst, mit dem Bündnis Deutschland, aber irgendwie auch wieder nicht. Und alle miteinander können zwar ein paar Biere zusammen trinken, aber eigentlich will man mit den anderen nichts zu tun haben.

Es wird in diesem Jahr noch drei Stammtische von mir geben: in Düsseldorf und Bad Salzuflen (NRW)

und in Potsdam (Brandenburg). (Registrieren Sie sich kostenfrei mit einer Mail an kelle@denken-erwuenscht.com)

Und danach überlegen wir gemeinsam – Sie und ich – ob das alles noch einen Sinn macht, oder ob wir uns ein neues Hobby suchen und bei einem Becher Glühwein zuschauen, wie eine linksgrünwoke Camarilla, eine deutliche Minderheit, die aber sogar so clever ist, dass sie sich den Kampf gegen uns alle auch noch von uns selbst bezahlen lassen, diesem Land den Rest gibt. Was ist eigentlich aus den 551 NGO-Fragen der CDU/CSU an die Bundesregierung geworden?

Gut, dass morgen Wochenende ist!

Leicht erklärt: Das Problem mit Friedrich Merz und seiner „Brandmauer“

Die CDU, einst die große Volkspartei der Mitte in Deutschland, die Partei Konrad Adenauers und Helmut Kohls, dümpelt in den aktuellen Umfragen um die 25 Prozent herum, hinter der AfD, die danach auf 26 Prozent käme. Und gestern Abend habe ich bei einem Mitbewerber gelesen, der einen Querschnitt aktueller Umfragen erstellt hat, dass die Union – CDU UND CSU – jetzt doch wieder mit 0,3 Prozent vorne liegen. Toll, oder?

Die Union, nur mal kurz erinnert, war jahrzehntelang die Partei, die dieses Deutschland maßgeblich und über weite Strecken ordentlich regiert hat. Soziale Marktwirtschaft, Westbindung, Europa, Privatfernsehen – große Projekte der Christdemokraten, um nur einige zu nennen. Und – außer in Bremen und Hamburg – waren Wahlergebnisse von 40 plus Prozent Normalität, manchmal gelangen auch über 50, in Bayern mit der CSU über 60 Prozent. Heute freut man sich im Konrad-Adenauer-Haus, wenn Zahlen vorgelegt werden, die der Union 0,3 Prozent Vorsprung vor der AfD prognostizieren – wohlgernekt bezogen auf Deutschland, nicht auf die Sächsische Schweiz.

Die CDU hat es versemmt, und jetzt haben wir den Salat

In der CDU bibbert man vor der Landtagswahl im kommenden Jahr in Sachsen-Anhalt. Gerade wurde der AfD dort von INSA 40 Prozent vorhergesagt. Und die Wagenknecht-Putin-Truppe namens BSW liegt bei 6 Prozent. Ergo: Wären heute Landtagswahlen dort, könnten (und würden wahrscheinlich) AfD und BSW eine Landesregierung in Magdeburg bilden – ganz ohne CDU, SPD oder Grüne zu fragen. Und die FDP? Ich weiß gar nicht, ob es die dort überhaupt noch gibt.

Der andauernde Abstieg der Union ist hausgemacht, er begann in der Ära Angela Merkel, die Deutschland, aber auch der Union als Parteienformation, geschadet hat, wie nichts seit 1949. Und der

entscheidende Punkt ist die Öffnung aller Tore für die ungeregelte Massenmigration von Millionen Menschen, vornehmlich junge Männer aus dem islamischen „Kulturkreis“. Damit hat es begonnen mit dem Abstieg, in dem sich unser Land und die Union immer noch befinden. Es ist ein Strudel, der die CDU zu zerreißen droht, die insbesondere in Ostdeutschland am Abgrund steht.

+++Helfen Sie mir und uns, unsere publizistische Arbeit tun zu können+++Spenden Sie auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal @Vers 1 Medien GmbH+++Vielen Dank!+++

Da ist es wenig hilfreich, wenn der scheidende sachsen-anhaltinische Ministerpräsident Rainer Haseloff erklärt, er werde Deutschland verlassen, wenn die AfD hier politische Macht bekäme. Und auch die rührige und konservative CDU-Bundestagsabgeordnete Saskia Ludwig aus Brandenburg kann die blaue Flut alleine nicht aufhalten, auch wenn sie sagt, dass die „Brandmauer“ eine ganz schlechte Idee war und ist. Man kann nicht ein Viertel der Bevölkerung auf Dauer ignorieren, man kann nicht in Viertel der Bevölkerung und ihre politischen Ansichten verbieten.

Heute Nachmittag kommt das Präsidium der CDU zusammen, um über den weiteren Umgang mit der AfD zu beraten. Weil man dort endlich auch bemerkt, dass ihr Konzept, die AfD durch „Ergebnisse“ einer „Politikwende“ überflüssig machen, ein Rohrkrepierer sondergleichen ist.

CDU-Chef und Bundeskanzler Friedrich Merz hat schon mal den Ton vorgegeben, als er gestern jegliche Zusammenarbeit mit der AfD rigoros ausschloss, so lange er in der CDU etwas zu sagen habe. Merz bezeichnete die AfD dabei als „eine Partei, die alles in Frage stellt, was die Bundesrepublik ausmacht“.

Ich verstehe, was er meint, denn ich konnte das Innenleben der CDU Zeit meines Lebens intensiv studieren. Und ich weiß, was Merz meint, wenn er von „Bundesrepublik“ spricht, weil ich diese Bundesrepublik auch noch kenne und in guter Erinnerung habe. So wie die Kohl-CDU damals. Aber, lieber Friedrich Merz: Diese Bundesrepublik und diese CDU gibt es nicht mehr, für die Sie und damals ich gestritten haben.

Wir leben in einem ganz anderen Land heute

Und Sie selbst haben das gerade auf den Punkt formuliert, als Sie von „diesem Problem im Stadtbild“ sprachen. Eine typische Politiker-Formulierung von einem, der bloß nichts Falsches sagen will, und damit einen gleichgroßen Shitstorm auslöst, als hätte er sein Rückgrat durchgedrückt und gleich klar gesagt, was Sache ist. So wie bei „den kleinen Paschas“ an unseren Grundschulen. Merz hatte damit recht und ist dann wider eingeknickt. Dazu reichte eine empörte Pressemitteilung der Grünen. Und jetzt diskutiert das Netz darüber, wann Merz wohl wieder einknickt, das er einknicken wird, ist für viele keine Frage mehr. Nur noch wann.

Friedrich Merz denkt, und ich glaube, das ist der Kardinalfehler, er sei Bundeskanzler in einem Land, das so etwas wie die alte Bundesrepublik ist. Aber, ich wiederhole mich, dieses Land gibt es nicht mehr. Wenn er vom „Stadtbild“ schreibt, weiß jeder sofort, was er meint, und die meisten wissen, dass er recht hat. All diese Straßenzüge in den Vierteln in Duisburg, Dortmund, Köln und vielen anderen Städten mit

überwiegenden Migrantenanteilen, die inzwischen zu kippen drohen. Längst ist es nicht nur Kreuzberg oder Schöneberg, wo sie Straßenzüge mit libanesischen Lokalen, türkischen Modegeschäften, Dönerburden, Billig-Bekleidung und arabisch betriebenen Obstständen aneinandergereiht sehen. Und, das gehört auch dazu, diese Lokale und Läden und Barbershops sind voller Kunden, und viele von ihnen sind Deutsche.

Ich war gestern Nachmittag an der Schönhauser Allee und der Kastanienallee im Prenzlauer Berg in Berlin ein wenig spazieren und bei „Konnopke“ eine Currywurst essen. Das ist attraktiv dort, das hat urbanes Flair, zweifellos. Aber wenn Sie da zwischen den Menschen herumschlendern, dann hören sie rings um sich herum kaum noch Deutsch. Da mischen sich arabische mit englischen und französischen Wortfetzen.

Wenn die Berliner das so wollen, wenn sie wählen, wie sie wählen – dann ist das unbedingt zu akzeptieren. Und eine Millionenmetropole mitten in Europa legt andere Maßstäbe an seine Standards als der Stadtrat meiner Heimatstadt Bad Salzuflen, das ist klar.

Aber wenn der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) seinem Parteivorsitzenden und Bundeskanzler gleich als erster namhafter Parteifreund öffentlich in den Rücken fällt, dann ist das genau sowas, was ich an der Politik heutzutage verachte.

Berlin, so Wegner, sei „eine vielfältige, internationale und weltoffene Stadt“. Und das werde sich immer auch im Stadtbild „abbilden“, formulierte er ausgerechnet auf einer Namibia-Reise, ohne zu merken, dass er sich damit selbst widerspricht.

Viellicht sollte er, nach seiner Rückkehr aus dem vielfältigen Afrika, mal aus dem Dienstwagen aussteigen, wenn er in Berlin unterwegs ist. Falls er dann immer noch nicht merkt, wie sehr Friedrich Merz ins Schwarze getroffen hat, zeigen wir ihm gern viele Berliner „Stadtbilder“, die kein Mensch braucht. Immerhin ist Wegner aufgefallen, dass die Hauptstadt ein „Problem mit Gewalt, Müll und Kriminalität“ habe. Aber das habe natürlich nichts mit den „Nationalitäten“ zu tun.

Friedrich Merz hat den richtigen politischen Kompass, aber er lebt in der Vergangenheit,

Und er meint offenbar noch immer, man könne die Dinge wieder ins Lot bekommen mit dem Denken der Vergangenheit und den gleichen politischen Prozessen, als s noch keine Rechten und keine Kommunisten im Parlament gab, mit denen man irgendwie umgehen muss. Einmal hat man sich ja schon entschieden, für eine Verfassungsänderung auf die SED-Nachfolger um die bildungsmäßig eher limitierte Heide Reichinnek zu setzen. Zusammen mit dem alten Bundestag, der noch vergleichsweise gemütlicher zu handhaben war, als der jetzige.

Friedrich Merz ist nicht zu beneiden

Wenn er das tut, was er tun müsste, aber nicht zu tun bereit ist, wird es die CDU zerreißen. Wenn er es nicht tut, wird es die CDU in die Bedeutungslosigkeit führen.

Ja, die neuen Grenzkontrollen funktionieren, es gibt Tausende Abweisungen, es wird auch von den Bundesländern spürbar mehr abgeschoben, selbst in Berlin, wie mir jüngst durchaus eindrucksvoll belegt wurde. Aber das sind Zahlen, Statistiken, nichts, dass sie Öffentlichkeit wahrnimmt. Deren Kinder, die auf dem Schulhof von Kindern aus Arabien oder Tschetschenien mit Gewalt abgezockt werden, die Messerangriffe im öffentlichen Raum, rüdelweise herumlungende Männer mit dunkler Hautfarbe in Stadtparks - das alles erleben die Menschen, und sie erinnern sich, dass sie - sofern sie arbeiten - dafür auch noch bezahlen müssen, dass sie zunehmend fremd im eigenen Land sind.

All das ist nicht mit Runden Tischen im Bezirksamt und blumigen Worten in Fernseh-Talkshows zu lösen.

Anpacken und liefern müsse die neue Regierung hat CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann immer wieder gesagt in den vergangenen Monaten. Smart vorgetragen, ernst, mit entschlossenem Gesichtsausdruck. Das Problem aber ist: Friedrich Merz und seine Regierung liefern nicht. Jedenfalls nicht sichtbar.

Die Union ist an einem Scheideweg

Die versprochene und notwendige Politikwende ist nicht möglich, ohne die AfD mit einzubeziehen. Mit SPD, Grünen oder gar den Fußkranken des Weltsozialismus um Frau Reichinnek wird es keine Politikwende in Deutschland geben. Die Union wird weiter schrumpfen, die AfD wird weiter wachsen. So einfach ist das.

Und nur die CDU kann diesen Kreislauf durchbrechen.

Indem sie das Gespräch mit der AfD sucht, in den ostdeutschen Bundesländern reden die alle sowieso schon seit geraumer Zeit miteinander, in vielen Kommunen in ganz Deutschland sowieso. Hätte die Union die AfD einfach nur fair behandelt von Anfang an, wäre das alles viel leichter heute. Vielleicht wäre es endlich mal ein Anfang, der AfD ihre parlamentarischen Rechte zuzugestehen - die Vorsitze der Fachausschüsse gemäß dem üblichen Verfahren, einen Platz im Präsidium des Hohen Hauses und endlich die staatlichen Zuschüsse für die Desiderius-Erasmus-Stiftung auszahnen. Und dann muss geredet werden. Miteinander und nicht bloß übereinander.

Allein das ist nicht einfach, zu verhärtet sind die Fronten zwischen denen, die die „CDU vernichten“ wollen und denen in der CDU, die bei der AfD den Falkenmarsch durchs Brandenburger Tor aufziehen sehen.

Aber: Ohne das Einreißen der „Brandmauer“ wird es keine Politikwende in Deutschland geben. Mein Wort darauf!

Ausgerechnet Peter Tauber.... Löscht die CDU demnächst ihre „Brandmauer“ nach rechts?

Die CDU wirkt seit Monaten wie eine Getriebene, die Gefahr läuft, die Kontrolle zu verlieren. Getrieben von Wahlerfolg auf Wahlerfolg der AfD und auch von zunehmender internationaler Anerkennung (Vance, Musk, Orban) ist der Gedanke, die Partei rechts der Union werde demnächst wieder verschwinden, geradezu grotesk.

Aber: Jetzt ist sie nun mal da, die „Brandmauer“

Die allerdings nach links schon lange so löchrig wie ein Emmentaler Käse ist. Kurz vor der Klausurtagung des CDU-Präsidiums ist die Debatte um den richtigen Umgang mit der AfD erneut aufgeflammt. Und den Ton gibt dabei ausgerechnet ein Mann an, der einst zu den treuesten Paladinen der Katastrophen-Kanzlerin Angela Merkel gehörte: Ex-Generalsekretär Peter Tauber.

Zwischen 2009 und 2021 Mitglied des Deutschen Bundestages, von 2013 bis 2018 der „Sidekick“ seiner Vorsitzenden. Ein sympathischer und umtriebiger Typ, der aus der eher konservativen Hessen-CDU kommt und als einer der Lebensschützer in der CDU galt, ich glaube, er war sogar CDL-Mitglied seinerzeit.

Irgendwann 2013 oder 2014 hatte ich als Kolumnist der „Rheinischen Post“ die Frauenquoten-Politik der Union öffentlich massiv kritisiert, da verlinkte Tauber auf damals - die Älteren werden sich erinnern - Twitter meinen Artikel und regte sich mächtig darüber auf, was ich erst einmal gut fand. Ein Journalist, der in Berlin wahrgenommen wird...

Was mich aber dann echt beeindruckte - Tauber schrieb mir an dem Morgen auf Twitter eine persönliche Nachricht und lud mich nach Berlin ein, damit wir unseren Disput am Tisch bei einer Tasse Kaffee fortsetzen. Hätte er nicht machen müssen. Das Gespräch verlief gut, erwartungsgemäß waren wir in vielen Bereichen nicht einer Meinung, auch was den Umgang mit der AfD anbetrifft.

+++Jede Wahrheit braucht einen der sie ausspricht. Und wenn das andere nicht machen, dann eben wir. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit durch eine Spende auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal auf @Vers 1 Medien GmbH+++

Damals hielt er die Partei Luckes und Petrys noch für ein vorübergehendes Phänomen, mit dem man schon fertig werden würde, wie zuvor ja auch mit den Republikanern. Das war offensichtlich ein Irrtum.

Im Magazin „stern“ äußert sich Peter Tauber jetzt ganz erstaunlich: „Die derzeitige Stigmatisierung hilft der AfD nur noch“. Und vor den AfD-blauen Wolken, die im kommenden Jahr über Sachsen-Anhalt aufzuziehen drohen: „Wie soll es gerade im Osten noch zu nachvollziehbaren Mehrheiten kommen?“

Ja, liebe CDU, wie soll das funktionieren?

In Sachsen-Anhalt ist eine Landesregierung aus AfD und BSW eine realistische Option, und das dürfte der Union ebenso wenig gefallen, wie den versammelten anderen Parteien.

„Je höher man die Brandmauer gezogen hat, desto stärker ist die AfD geworden“, fällt auch dem früheren Chef der CDU-Grundwertekommission, Prof. Andreas Rödder, auf. Und bezieht sich damit auf CDU-Chef und Bundeskanzler Friedrich Merz, der bei Amtsantritt als Parteivorsitzender versprach, er werde die Wählerschaft der AfD halbieren. Tatsächlich ist die Partei heute mehr als doppelt so stark, in den Umfragen derzeit die Nummer 1 in Deutschland.

Kann man eine derart starke Partei vom Spielfeld kicken?

Natürlich nicht, und – um das klar zu sagen – man kann sie auch nicht verbieten. Jedenfalls nicht, wenn dieses Land noch ein freiheitlicher Rechtsstaat bleiben soll.

Es ist erstaunlich, wie komplett die Union seit der Merkel-Zeit bis heute dabei versagt, mit bürgerlichen Konservativen auch nur zu sprechen.

Als die AfD 2013 aufkam, als harmlose „Professorenpartei“ mit Lucke, Henkel, Starbatty und Trebesius, da hat die CDU sie ja auch schon geschmäht, obwohl an der AfD damals aber auch gar nichts rechtsextrem war. Damals war die AfD Fleisch vom Fleische der Union und der FDP, gegründet, um die Vergesellschaftung der Schulden in der Europäischen Union (EU) zu stoppen. Zu dem Zeitpunkt hatte Merkel überhaupt noch nicht ihr Konjunkturprogramm für die AfD gestartet, indem sie die deutschen Grenzen für Millionen Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Welt wie ein Scheunentor öffnete. Erst danach stieg die AfD endgültig zu einer starken politischen Kraft in Deutschland auf.

Im Grunde müsste die AfD-Spitze Frau Merkel immer noch einmal im Monat einen großen Blumenstrauß schicken als Dankeschön, dass sie die AfD mit ihrer Irrsinnspolitik so groß gemacht hat.

Viele in der CDU-Führung denken auch heute noch, sie könnten mit Taschenspielertricks die AfD aus der Erfolgsspur drängen, ihnen Ausschussvorsitze im Bundestag und einen Platz im Präsidium verwehren, ihnen – ein echter Skandal – auch nach dem dritten Einzug in den Bundestag die ihr zustehenden Geldflüsse für die Desiderius-Erasmus-Stiftung verweigern. Diese Leute in der Union begreifen bis heute nicht, dass all diese Schikanen, all das Skandalisieren von dämlichen Äußerungen einzelner AfD-Hinterbänkler der Partei nur nützt.

Es ist Zeit, einen anderen Umgang mit der AfD zu pflegen

Das muss keine Koalition sein. Niemand in der Union würde Koalitionsverhandlungen mit Leuten wie den AfD-Politikern Helferich („das freundliche Gesicht des NS“), Moosdorf, dem Moskauer Cellospieler, oder dem Weltstaatsmann Frohnmaier führen wollen, der in einem Papier der russischen Präsidialadministration 2017 als in Bundestagsabgeordneter bezeichnet wird, den man fördern solle: „Er

wird ein unter absoluter Kontrolle stehender Abgeordneter im Bundestag sein.“

Koalitionen oder Zusammenarbeit auf Bundesebene – das ist mit solchem Personal nicht möglich. Und Herr Frohnmaier wird nominiert von seinen Parteifreunden und er wird gewählt von Hunderttausenden Bürgern. Das gehört zur Demokratie dazu, die Spielregeln für alle zu schützen.

Erste Lockerungsübungen zwischen Union und AfD gibt es heute bereits in vielen Kommunen, nicht nur, aber vor allem, in Ostdeutschland.

Unter der Überschrift „Das Loch in der Brandmauer“ berichtet der öffentlich-rechtliche RBB zum Beispiel über die 20.000-Einwohner-Stadt Prenzlau und den Landkreis Uckermark, wo sich AfD und CDU die Macht untereinander aufgeteilt haben. Bei der Bürgermeisterwahl verzichtete die AfD auf einen eigenen Kandidaten – der CDU-Kandidat gewann haushoch. Und der AfD-Mann will demnächst Landrat werden. Wie sich da wohl die CDU verhalten wird?

Der AfD-Mann sagt, man habe sich nach der Kommunalwahl zusammengesetzt und „gewisse Sachen untereinander ausgelotet“. In Prenzlau werde die AfD wie eine ganz normale Partei behandelt, die zum Beispiel im Aufsichtsrat der Wohnbau einen Platz bekommen habe. Und den Aufsichtsratsvorsitz bei den Stadtwerken? Der ging an die CDU....

Peter Tauber, heute Geschäftsführer der „Deutscher Unternehmensverband Vermögensberatung“ sagt, die Union müsse „über eine neue Politik der roten Linien nachdenken, die es dann aber auch erlaubt, Beschlüsse zu fassen, denen die AfD zustimmt“ – und der frühere Bundesverteidigungsministr Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) assistiert: „Entzauberung gelingt nicht durch Boykott.“

Brandmauer weg? Na, klar! Aber so einfach ist das nicht, lieber Julian!

Kein Tag vergeht, ohne dass mir Freunde und Leser unseren Plattformen die neuesten Videos von Julian Reichelt, früherer BILD- und heute NIUS-Chef, schicken. Oft ist das gar nicht notwendig, denn natürlich gucke ich viele sowieso, weil Kollege Julian im Bereich der freien Medien der Platzhirsch ist, das Maß aller Dinge. Er ist saugut, und er zeigt – unterstützt von einem großzügigen Mäzen – jeden Tag, wie engagierter Journalismus sein kann und sollte.

Julian Reichelt und Boris Reitschuster sind für mich die Besten unserer Zunft, außer mir, versteht sich. Nicht weil wir die Klügsten, Schönsten und Mutigsten wären, sondern weil wir Zeit unseres Lebens alle Facetten unseres Berufes gelebt haben und lange Jahre draußen waren, da, wo es auch mal weh tut. Julian als Kriegsreporter in heißen Konflikten, Boris als FOCUS-Mann in Putins Eiseskälte in Moskau. Ich,

weit dahinter, als z. B. Polizei-Reporter in Berlin. Wenn Sie bei Polizeirazzien in Flüchtlingsunterkünften oder Thai-Bordellen mittendrin sind, beim 1. Mai in Kreuzberg durch Tränengasnebel und vor Wasserwerfer-Strahlen gerannt sind, bei der Räumung besetzter Häuser versuchen, fliegenden Steinen auszuweichen und sich nach der Maueröffnung mit russischen Soldaten in Wälder nahe ihrer Kaserne getroffen haben, um gegen D-Mark Schusswaffen zu kaufen – glauben Sie mir, da bekommen sie automatisch einen anderen Blick auf unser Gesellschaft, als wenn sie fünf Mal in der Woche bei irgendwelchen Polit-Pressekonferenzen abzuhängen oder sich bei Hintergrundgesprächen den Bauch vollschlagen.

+++Helfen Sie uns, unsere Arbeit zu tun+++Mit Ihrer Spende auf Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal auf @Vers1 Medien GmbH. Vielen Dank+++

Journalismus ist etwas anders, als um 11 Uhr beim Edel-Italiener ihres Vertrauens herumzusitzen, Scampis zu lutschen und nachzudenken, was man anschließend „den Menschen da draußen“ mitzuteilen gedenkt. Richtige Journalisten sind direkt bei den Menschen und schreiben nicht aus dem gemütlichen Glashaus über sie, wie das beim Mainstream heute weit verbreitet ist.

In seinem aktuellen Video brilliert Julian Reichelt heute erneut, und man möchte nahezu jeden einzelnen Satz unterschreiben.

„Nur die Wiedervereinigung des bürgerlichen Lagers kann herausführen aus der zerstörerischen Umverteilung des linken Lagers, der auch die CDU verfallen ist“, sagt er zum Beispiel. Und mathematisch ist das absolut richtig. Denn die Brandmauer, das wissen wir Bürgerlichen alle, war eine selten blöde Idee der CDU, aus dem Irrglauben gespeist, man könne die AfD kleinkriegen, am besten ganz vom Hals bekommen. Friedrich Merz hat bei seiner Wahl zum CDU-Chef – im dritten Anlauf – versprochen, er werde mit seiner Politik die AfD-Wählerschaft halbieren. HALBIEREN! Was er tatsächlich gemacht hat: er hat die AfD verdoppelt.

In einem Wirtschaftsunternehmen würde man sich jetzt zusammensetzen und nachdenken, wie man das drehen kann, wie man eigene Fehler korrigiert. Und wie man mit der AfD, die ja zumindest in West- aber in großen Teilen auch in Ostdeutschland Fleisch vom Fleische der CDU ist, ins Geschäft oder zumindest ins Gespräch kommen kann. Aber mitnichten.

Sie wollen die Partei verbieten, so, als könnte man das Denken von mehr als zehn Millionen Wählern in Deutschland verbieten. Und warum auch, wenn die meisten von denen im Grunde die Überzeugungen der meisten Unions-Wähler teilen?

„Liebe CDU, Millionen Menschen hätten allen Grund wütend auf Euch zu sein. Sind sie aber gar nicht. Sie trauen Euch bloß nicht mehr“, sagt Reichelt heut in seinem Video – ein Satz, wie in Stein gemeißelt, oder?

Seit ich mich 2007 selbstständig gemacht habe, um publizistisch wirken zu können, ohne irgendwen zu fragen, träume ich vom großen bürgerlich-konservativen Bündnis, das Deutschland wieder auf den

richtigen Pfad zurückführt.

Aber es ist eben nicht nur eine Frage der Mathematik, und ich glaube, dass Julian da irrt. Die CDU müsste die Brandmauer aufheben, sagt er. Und natürlich hat er da recht. Ich widerhole mich aber zum 1000. Mal: Die Union und die AfD müssen miteinander reden – zumindest mit den jeweils anderen, die man persönlich für satisfaktionsfähig hält. Und wenn es erst einmal in Hinterzimmern mit Politikern aus der zweiten Reihe ist.

In Rathäusern in der Fläche läuft das sowieso schon, und denken sie nicht, nur in Ostdeutschland. Natürlich reden Schwarze und Blaue längst miteinander. Aber eben nicht in der Spitze, nicht abends beim Wein in der Parlamentarischen Gesellschaft. Und, schlimmer noch, wenn bei der CDU einer erwischt wird, der mit „denen da“ redet, drohen massive Auswirkungen auf die zukünftige Karriere des- oder derjenigen.

Und deshalb ist die Ablehnung des Unions-Establishments gegenüber der AfD heute so hart wie nie zuvor seit Gründung der einstigen „Professorenpartei“ von Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel, an der nichts, aber auch gar nichts rechtsextrem war. Und die Union hat es versemmt, frühzeitig mit denn in einen Dialog einzutreten, der ihnen vielleicht sogar Mehrheiten für später gesichert hätte.

Aber die CDU von heute ist nicht mehr die CDU von vor Merkel. Die ist zwar nicht ganz weg, aber – und das verkennt Reichelt – ein CDU-Beschluss, die Brandmauer zur AfD aufzuheben, würde massive Kämpfe in der Union auslösen.

Sie lesen bestimmt auch, wer aus der CDU alles Deutschland verlassen will, sollte die AfD in einen machtpolitischen Prozess von der Merz-Partei eingebunden werden. Da sind Bundesminister wie Karin Prien dabei und Ministerpräsidenten wie Reiner Haseloff. Das funktioniert nicht einfach so auf Knopfdruck. Vergessen Sie nicht, dass im Präsidium und der Bundestagsfraktion immer noch jede Menge Leute sind, die unter Merkel wichtige Funktionen hatten und sich die Hände wundgeklatscht haben für ihre „Ähntschie“ einst. Manche tun das heute noch.

Nein, nein, lieber Julian! Selbst wenn Merz, Spahn und Linnemann die Brandmauer niederreißen wollten – und das wollen sie definitiv nicht – ein beträchtlicher Teil der Union würde ihnen nicht folgen. Es würde die große einstige Volkspartei Adenauers und Kohls komplett zerstören.

Und, ich kann Ihnen das nicht ersparen: Die AfD ist so berauscht von ihren Erfolgen, dass sie es bis heute versäumt hat, was die Grünen einst mit Joschka Fischer geschafft haben: den eigenen Laden von Parteifreunden zu reinigen, die jede Zusammenarbeit unmöglich machen.

Oder denken Sie, dass Merz, Linnemann oder Spahn mit dem „freundlichen Gesicht des Nationalsozialismus“ in Gespräche über die Zukunft Deutschlands eintreten, oder mit AfD-Politikern, die Geld fürs Cello-Spielen und anderes aus Moskau bekommen, über die Ukraine-Unterstützung verhandeln werden? Dass die, die die EU und den Euro erst (mit) geschaffen haben, sich mit denen ins Bett legen, die wollen, dass Deutschland die EU verlässt? Oder die transatlantische Union in die Debatte ziehen lassen, ob man nicht aus der NATO austreten sollte, die jahrzehntelang für Frieden und unsere Sicherheit gesorgt hat? Im Kreml lacht man sich tot über die außenpolitischen Winkelzüge der AfD in diesen

Fragen.

Nein, lieber Julian, Brandmauer weg und dann wird alles gut - so schön der Gedanke auch ist, aber so funktioniert es nicht...

Neonazis, EU-Feinde und Judenhasser treffen sich in St. Petersburg - für „Germany“ dabei: ein AfD-Politiker aus Hamburg

Der Mariinski-Palast in St. Petersburg war einst die Residenz der russischen Herzöge von Luchtenberg und bekam seinen Namen zu Ehren der Tochter des Kaisers Nikolaus I., der Großfürstin Maria Nikolajwn. Später wurde er Sitz des Staatsrates des Russischen Kaiserreichs. Eine üppige Vergangenheit also und bis heute ein überaus beeindruckendes Gebäude, das das Regionalparlament beherbergt.

An diesem Ort trafen sich am 12. September 50 Vertreter rechtsextremer und Neonazi-Organisationen aus 15 Ländern um die „Internationale Anti-Globalistische Liga“ zu gründen.

Im Mariinski-Palast war auch ein deutscher Vertreter dabei: der Hamburger AfD-Politiker Robert Risch.

Das internationale Nazi-Treffen war selbst russischen Offiziellen zumindest peinlich. So sagte Alexander Belsky, Parlamentspräsident von Sankt Petersburg: „Leider war aus den Listen, die sie uns geschickt haben, nicht ersichtlich, zu welchen Organisationen diese Personen gehören.“

Aufgeflogen ist der AfD-Politiker, der auch Vizechef der Bezirksfraktion Altona ist, bei einer Auswertung von Veranstaltungsfotos durch den US-Auslandssender Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL). Die berichtete, dass auch die frühere Hamburger AfD-Bürgerschaftsabgeordnete Olga Petersen teilgenommen hat, die inzwischen mit ihren Kindern in Russland lebt und als Putins Influencerin auch mal im Ukraine-Krieg vorbeischaut.

Interessant ist, wer bei dem Treffen so alles dabei war

Etwa der russische Oligarch Konstantin Malofejew, der auf seiner Multimediasplattform „Zargrad“ mehr als drei Millionen Follower hat. Dort wirbt Malofejew offen dafür, Putin und US-Präsident Donald Trump sollten sich zusammensetzen und die Welt unter ihren beiden Staaten aufteilen. Im Jahr 2014 half er aktiv, den gewaltigen Aufstand sogenannter russischer Separatisten im ukrainischen Donbass zu organisieren. Wenige Jahre später ließ Putin dann die Panzer rollen, um einen offenen Krieg gegen die Ukraine anzuzetteln.

Neben Malofejew Gastredner in St. Petersburg war der Faschist und Philosoph Alexander Dugin, einer der übelsten Scharfmacher des Kreml, der Fieberträume von einem Großrussland hat, das weite Teile auch Westeuropas einschließt. Dugin ist Putins Kettenhund, der weltweit für den Kampf gegen den liberalen Westen trommelt, gegen die EU und die NATO, dafür die USA ganz vom europäischen Kontinent zu vertreiben. „Eurasien“, so nennt er seinen Plan.

Im Januar 2015 erschienen auf verschiedenen deutschen Portalen (u.a. WELT und FOCUS) Artikel, in denen behauptet wurde, Dugin habe in einem Interview mit der rechten ungarischen Partei Jobbik gesagt, dass die Staaten Ungarn, Rumänien, Serbien, Slowakei und Österreich in einem russischen Großreich ganz aufgelöst werden sollen

Bleibt die Frage, was ein deutscher AfD-Politiker in diesem widerwärtigen Kreis zu suchen hat? Warum wurde gerade er eingeladen? Wer hat seine Reise und seinen Aufenthalt finanziert? Die AfD war es nicht, sie teilte inzwischen mit, dass sie von der Risch-Teilnahme in St. Petersburg nichts gewusst habe.

Damit kein Zweifel an seiner Identität aufkommt: Reporter fanden auf der Interntseite der rechtsextremistischen belgischen Partei „Nation“ zahlreiche Fotos der Veranstaltung, darunter auch ein unverpixeltes Bild von Robert Risch mit dem Schild „Germany“ vor sich.

Links neben Risch saß der Südafrikaner François van der Merwe, Chef der „Bittereinders“, die eine Art Lobbygruppe ist, die Kampfsport- und Waffentraining organisiert. Auf der anderen Seite saß der Ungar Tamás Boór, einer der Führer der „Jugendbewegung der 64 Bezirke“ (HVIM). Die streitet für ein Großungarn weit über die jetzigen Staatsgrenzen hinaus.

Teilnehmer kamen auch von der mexikanischen Gruppe UNR, die Verbindungen zur deutschen Neonazi-Partei „Der III. Weg“ pflegt, aus Frankreich dabei die Partei „Les Nationalistes“, deren Kopf einst beim Front National von Marine Le Pen rausgeworfen wurde, ein Holocaust-Leugner, der öffentlich zum Hass gegen Juden aufgerufen hat und dafür mehrfach verurteilt wurde.

Was macht also ein AfD-Politiker dort am Tisch?

Das fragen auch russische Medien. So schrieb etwa ein Journalist des größten Boulevard-Portals „MK.ru“ zurecht: „Die Nazis marschierten in Russland wieder ein und wurden in der gesetzgebenden Versammlung von Sankt Petersburg herzlich empfangen.“

Und das in Russland verbotene Portal „antifashist.com“ formulierte auf den Punkt: „Wenn die Entnazifizierung [der Ukraine] das Ziel der militärischen Spezialoperation ist, dann macht ein Bündnis mit Neonazis dieses Argument auf der internationalen Bühne haltlos.“

Das Bundesamt für Verfassungsschutz wird die Vorgang Robert Risch genau im Blick behalten. Landesverräter sind genau die Fälle, die es braucht, um einen Verbotsantrag gegen die AfD stichhaltig zu begründen. Man darf gespannt darauf schauen, wie die AfD mit diesem Vorgang umgeht.